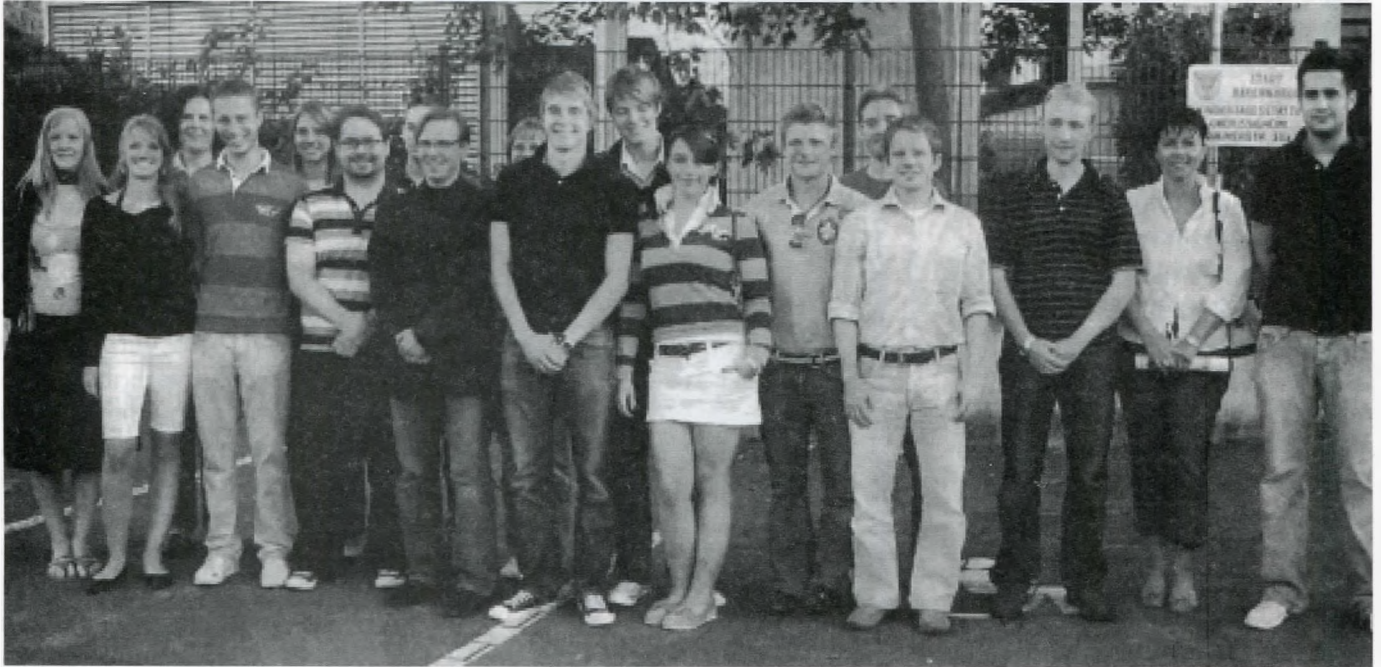




Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft



Zu einer Diskussionsveranstaltung zu dem Thema „Politischer Radikalismus in Deutschland“ kamen jüngst Mitglieder der Jungen Union in Bruchköbel und Erlensee im Oberissigheimer Bürgerhaus zusammen. Als Gäste hatten die Organisatoren Christoph Zungenbühler und Max Schadt zwei Vertreter des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold - Bund aktiver Demokraten“ eingeladen. Sehr erfreut zeigten sich die beiden jungen Referenten des Reichsbanners, Florian Kaiser und Peter Hüttl, über den guten Zuspruch der Veranstaltung. Gerade die jüngsten Vorfälle haben gezeigt, dass Radikalismus sowohl von rechts als auch von links ein aktuelles Thema in Deutschland ist. Erfolgreich kann dem nur entgegengewirkt werden, indem die demokratischen Parteien die Parteigrenzen überwinden und ein gemein-

JU diskutiert
mit
Aktiven
des
Reichsbanners

sames Vorgehen untereinander absprechen. Genau diese Idee ist auch der Grundstein für die Gründung des Reichsbanners im Jahre 1924 gewesen, bei der sich aktive Demokraten zusammenschlossen, um die Weimarer Republik vor Nationalsozialisten und Kommunisten zu verteidigen. Auch heute setzt sich das Reichsbanner unter dem Motto „Demokratie lebt vom Mitmachen“ mit Wanderausstellungen, Diskussionsveranstaltungen und überparteilicher Bildung für die demokratische Sache ein. Thematisiert wurde während der Veranstaltung auch der für Jugendliche ungewohnt klingende Name „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“. Beide Referenten betonten jedoch, dass die heutigen deutschen Nationalfarben für Freiheit und Demokratie stünden, auf die man im Namen nicht verzichten will.

Peter Erler, Mitarbeiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, hat eine kleine biografische Skizze (Polizeimajor Karl Heinrich. NS-Gegner und Antikommunist, Jaron Verlag Berlin 2007) erstellt über ein Leben, das alle Dramen des 20. Jahrhunderts widerspiegelt.

Karl Heinrich, 1890 geboren, wird Polizist, Kompanieführer im I. Weltkrieg, und erlebt als Hauptmann, später Major der preußischen Schutzpolizei die Turbulenzen der Weimarer Republik in Berlin-Mitte. Er exponiert sich im Einsatz gegen die Republikfeinde von links und rechts und erwirbt sich den Ehrennamen „Knüppelheirich“ (Goebbels).

Heinrich ist Mitglied der SPD, sein eigentlicher Wirkungskreis ist jedoch das Reichsbanner, das er in Frankfurt am Main mitgegründet hatte. Er ist ein beliebter Redner, leidenschaftlich setzt er sich für eine demokratische Republik ein – so im Februar 1931 als Festredner auf einer Veranstaltung zum siebenjährigen Bestehen des Reichsbanners: „Unsere Aufgabe muss sein, dem Volksstaat einen wirklichen demokratischen Inhalt zu geben.“

Nach dem sogenannten „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932 wird Karl Heinrich, wie viele andere, zunächst beurlaubt, dann in den vorläufigen Ruhestand versetzt. Kommentar der Vossischen Zeitung: „Major Heinrich, einer der beständigsten Offiziere der Berliner Schutzpolizei, wurde von der Rechtspresse wiederholt angegriffen, weil er sich als aktiver Republikaner hervortat.“ Das blieb auch so. Jetzt widmet er sich verstärkt dem Reichsbanner, enttäuscht über die kampfflose Aufgabe Otto Brauns. Ab Oktober 1932 ist er im Bundesvorstand des Reichsbanners technischer Leiter, kandidiert sogar noch bei den Reichstagswahlen im März 1933 für die SPD – unter den damaligen Umständen ein mutiger Schritt.

Dann war alles zuende. Für Karl Heinrich wie viele seiner Genossen folgte Schutzhaft, nach der Entlassung Repressalien. Heinrich gibt nicht auf. Zusammen mit dem früheren stellvertretenden Reichsbannervorsitzenden Theodor Haubach baut er innerhalb eines Jahres eine illegale Organisation mit etwa tausend Aktiven auf, lehnt aber nach wie vor eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab. Eine Kontaktaufnahme zu Leipziger Genossen führt zur Verhaftung Heinrichs und seiner engeren Mitstreiter. Es folgen lange Untersuchungshaft, Hochverratsprozess und Verurteilung zu sechs Jahren Zuchthaus.

Obwohl gesundheitlich schwer angeschlagen, wird Heinrich im Lager, in das er eingewiesen wird, beiden Seiten unbequem; den Kommunisten, die ihrem ehemaligen Gegner nicht verzeihen und dem Aufsichtspersonal, dem Heinrich penibel alle Verstöße gegen die Haftvollzugsregeln nachweist und sich beschwert. Im nächsten Straflager macht man ihn zum Barackenältesten (Kapo) nicht zur Freude der Kommunisten, denn er gilt als streng. Er reicht Gnadengesuche ein. Seine Gesundheit wird so schlecht, dass er im Oktober 1942 als haftunfähig entlassen wird. Heinrich, so hieß es später, soll sich trotz Polizeiaufsicht weiter bei illegalen Aktionen engagiert haben.

Kriegsende. Schon im Mai ist er wieder Polizist, wird vom NKWD als Antifaschist bald zum leitenden Schutzpolizeikommandeur befördert (und von KPD-Mitgliedern bespitzelt und überwacht). Es dauert nicht lange und Karl Heinrich gerät in Konflikt

mit der KPD und deren Kaderpolitik innerhalb der Polizei. Am 2. August 1945 wird er vom NKWD verhaftet, eine Verhaftung, die alliierte Proteste, später besonders aber Proteste der SPD auslöst. Misshandlungen und Verhöre setzten dem gesundheitlich angeschlagenen zu, am

3. November 1945 stirbt er im Krankenrevier des Speziallagers Hohenschönhausen.

Nicht minder aufschlussreich ist das, was danach geschah. Lange wurde sein Tod verheimlicht. Mit Pressekampagnen setzte die Berliner SPD die neu gebildete SED unter Druck. Eine Schlammschlacht um die Person Heinrichs wurde ausgelöst.

Peter Erler schildert Karl Heinrich als „eine starke und eigenwillige politische Persönlichkeit...Preuße von altem Schlag“, die zur Symbolfigur im Kalten Krieg wurde.

1997 scheiterte die Benennung einer Straße nach Karl Heinrich im ehemaligen Ostberliner Bezirk Hohenschönhausen am Widerspruch des Bundes der Antifaschisten!

Peter Erler wird auf Einladung des AvS und des Reichsbanners e.V. Hamburg Ende Februar aus seinem Buch lesen und über die Arbeit der Gedenkstätte Hohenschönhausen berichten (genaues Datum wird noch bekannt gemacht und ist auch dem Veranstaltungskalender der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg ab 2008 zu entnehmen).

Karl Heinrich: Sozialdemokrat und Reichsbannerführer - Opfer zweier Diktaturen -

von Helga Kutz-Bauer, Landesvorsitzende der AvS Hamburg und ehem.
Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung in Hamburg

Den 60. Jahrestag dieser historischen Wahl hat die SPD verschlafen, und auch der 60. Jahrestag der Zwangsvereinigung war ihr keine Erwähnung wert. An diesen Beispielen wäre die Möglichkeit gewesen, der Öffentlichkeit und insbesondere der Jugend zu zeigen, welches Heldenmut und welche Opfer Sozialdemokraten im Einsatz für Demokratie und Freiheit erbrachten. Nach meinen Recherchen wurden von 1946-1949 ca. 300 Sozialdemokraten verhaftet. Davon leben nur noch ca. 30. Für eine Ehrung zum 70. Jahrestag ist es für viele zu spät. Aber die mutigen Sozialdemokraten, die für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit bereit waren ihr Leben und ihre Gesundheit einzusetzen, haben es nicht verdient, so in Vergessenheit zu geraten. An sie soll hier erinnert werden.

„Der Freiheit eine Gasse“, so beginnt der Leitartikel des unvergessenen Chefredakteurs des Berliner Tagesspiegel, Erik Reger, zum Ausgang der Berliner Wahlen vom 20. Oktober 1946. Den Ausruf von Arnold Winkelried in der Schlacht von Sembach 1386 hat er gewählt, weil er begeistert war, zusammen mit der übergroßen Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner. Begeistert vom Wahlergebnis der einzigen Gesamtberliner Wahlen für 45 Jahre. Denn Berlin hatte klar und überzeugend die Freiheit gewählt, einen Sieg der Demokratie über die Sowjetkommunistische Diktatur errungen, gleichzeitig allen Rudimenten der Nazi-Diktatur ein Ende bereitet und für ganz Deutschland und auch für Europa ein helles Zeichen der Freiheit in der dunklen Zeit des Totalitarismus gesetzt. Wie der legendäre Arnold Winkelried haben die Berlinerinnen und Berliner dafür einen hohen Preis bezahlt. Winkelried, als er sich bei seinem Ausruf ein Bündel feindlicher Lanzen in die Brust rampte, um damit seinen Kameraden den Weg frei zu machen, und Berlin, weil es die Lanzen der sowjetkommunistischen Rache zu spüren bekam: über 45 Jahre lang Bedrängungen und Schikanen, Bedrohungen und Blockaden, Ultimaten und - seit 1961 - die Einmauerung. Aber die Berlinerinnen und Berliner haben durchgehalten und der Sieg der Freiheit über die Diktatur 1990 ist auch eine Folge der historischen Wahlen vom 20. Oktober 1946 gewesen.

Nach 1945 in Berlin: Trümmer und Umbruch

Der erste große Sieg der Freiheit vor 55 Jahren in Berlin ist keine Selbstverständlichkeit gewesen. Der

Mut und das Engagement vieler Demokratinnen und Demokraten war erforderlich, um ihn zu erringen. Wir erinnern uns: Der Einzug der Westalliierten in Berlin hatte zwar eine Kultur der Rechtsstaatlichkeit in Gang gebracht, die die Berlinerinnen und Berliner von den Soldaten der „Roten Armee“ nicht kannten. Es blieb aber die Angst vor den unberechenbaren Sowjets bestehen, weil der NKWD zusammen mit deutschen Kommunisten massenweise Verhaftungen vornahm, und das auch noch in den Westsektoren. Unter dem Vorwand, gefährliche Nazis verhaften zu müssen, versuchten die Sowjetkommunisten gezielt das bürgerliche Führungspotential zu dezimieren. In der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin fielen über 150.000 Menschen aus bürgerlichen Kreisen der Verhaftungswelle zum Opfer, 70.000 von ihnen sind in den bisherigen Nazi-Konzentrationslagern Buchenwald, Sachsenhausen und anderen umgekommen. Noch ungleich höher war die Zahl der Opfer des Sowjetsystems in den besetzten Gebieten Osteuropas. In der Parteienlandschaft, die sich ab

Juni 1945 in Berlin und in der sowjetischen Zone entwickelte, gab es von Anfang an keine Chancengleichheit: Die Sowjets förderten vielmehr gezielt die KPD mit allem, was in den Trümmern von Nachkriegsdeutschland für eine Partei eine ungeheuer große Rolle spielte: Mit Büroräumen, mit Wohnungen, mit Einrichtungen, mit Lebensmitteln, mit Telefon, mit Autos, Benzin und - ganz besonders wichtig - mit Papier; natürlich auch mit Geld. Die anderen Parteien konnten dagegen nur ihre große Solidarität und das außergewöhnliche persönliche Engagement ihrer ausgehungerten, oft wohnungslosen Mitglieder und Funktionäre setzen. Indessen, es half der KPD nichts: Die sowjetische Führung in Moskau musste bald erkennen, dass die Arbeiterschaft sich in ihrem neuen Machtbereich, vor allem in der sowjetischen Zone und in Berlin, der Sozialdemokratie zuneigt und dass die Kommunisten bei der Mehrheit der Bevölkerung keine Chancen hatten. Und das, obwohl sich die Kommunisten zu Anfang pointiert demokratisch gaben; ganz gemäß dem Motto von Walter Ulbricht „Es muss alles ganz demokratisch aussehen, aber wir müssen die Fäden in der Hand behalten.“ Die Fäden glitten aber den Kommunisten aus der Hand, jedenfalls bei freien und fairen Wahlen.

Die Zwangsvereinigung in der SBZ: Ein Schlag gegen die Freiheit

„Der Freiheit
eine Gasse,
so hat Berlin gewählt!“
Das Berliner Wahl-
ergebnis
vom 20. Oktober 1946

von Hans Bonkas, Bundesvorsitzender
des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

So beschloss man in Moskau, die SPD mit der KPD zu vereinigen und gleichsam durch die Hintertür die Vorherrschaft der Kommunisten zu begründen. In der sowjetischen Besatzungszone außerhalb Berlins hatte die SPD dem nicht viel entgegenzusetzen. Kein Wunder, denn ihre Handlungsmöglichkeiten waren unvorstellbar klein: Dass Landesvorstandsmitglieder über 100 Kilometer mit dem Fahrrad zu den Sitzungen fahren war genauso wenig eine Seltenheit, wie Einladungen, die mit viel Mühe durch Radkuriere überbracht wurden. Wir dürfen auch nicht vergessen: Die Idee von der „Einheit der Arbeiterschaft“, vom antifaschistischen Zusammenschluss und vom „Aufbau des Sozialismus“ fiel gerade bei der Mehrzahl der SPD-Funktionäre, die zu den älteren Jahrgängen zählten, auf fruchtbaren Boden. Hierfür standen der ehemalige Ministerpräsident von Thüringen, August Fröhlich, der langjährige SPD-Funktionär Kurt Böhme, der sächsische SPD-Funktionär Buchwitz und viele, viele andere. Und vielen fehlte auch die Kraft, sich den Verlockungen zu entziehen, die die Sowjets im bitterarmen Nachkriegsdeutschland zu bieten hatten: Lebensmittel, Geld, Postenversprechungen. Bekannt wurden dafür der damalige Thüringer SPD-Vorsitzende Heinrich Hoffmann und natürlich Grotewohl und Fechner. Die Parteibasis war mehrheitlich gegen die Vereinigung, spielte aber schon aus den genannten technischen Gründen in der sowjetischen Zone keine entscheidende Rolle. Widerstand leistete nur eine kleine Zahl aktiver und gestandener Sozialdemokraten, die meisten von ihnen hatten bereits gegen die Nazis gekämpft. Natürlich kam diese kleine Gruppe, vor allem aus den mittleren und jüngeren Jahrgängen, nicht an gegen die geballte Macht der eigenen Funktionäre, der Kommunisten und der Besatzungsmacht.

Die Berliner SPD: Eine Partei sagt Nein!

In Berlin war die Situation der SPD ganz anders. Hier konnten sich die gestandenen Sozialdemokraten, die gegen die Vereinigung waren, relativ leicht und oft treffen. Und sie hatte große und überzeugende Persönlichkeiten in ihren Reihen: Franz Neumann aus Reinickendorf, Arno Scholz und Klaus-Peter Schulz aus Charlottenburg, Ella Kay und Werner Rüdiger aus Prenzlauer Berg, Kurt Swolinsky und Fritz Neubecker aus Tempelhof, Karl Germer aus Steglitz, Gerhard Aussner und Gottlieb Münsinger aus Spandau, Gustav Klingelhöfer aus Tiergarten. Sie und ihre tapferen Mitkämpfer aus allen Teilen Berlins waren es, die der Mehrheit des damaligen SPD-Zentralausschusses ein eindeutiges Nein gegen die Vereinigung der SPD mit der KPD entgegensetzten. Dazu kam, dass Kurt Schumacher Ende Februar 1946 das erste Mal nach Berlin kam und den aufrechten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den Rücken stärkte. Am 1. März 1946

dann die historische Landesfunktionärskonferenz der SPD im Admiralspalast in der Friedrichstraße unter Leitung von Werner Rüdiger: Vereinigungsbefürworter um Grotewohl und Moltmann wurden ausgebuht. Mit großer Mehrheit beschloss die Berliner SPD die Urabstimmung in der ganzen Stadt unter den SPD-Mitgliedern über die Frage der Vereinigung mit der KPD. Allen, die dabei waren, ist bis heute der Geist dieses Abends im Admiralspalast unvergessen: Ganz viele Delegierte gaben sich das Wort, auf Gedeih und Verderb gegen die Kommunisten zusammenzuhalten. Das war ein ganz klares Signal für die gesamte Berliner Bevölkerung, noch verstärkt durch das Ergebnis der SPD-Urabstimmung: 82 % der Parteimitglieder waren gegen die Vereinigung. Das Beispiel der Berliner Sozialdemokratie bewegte die über 3 Millionen Menschen in der Stadt, sich gegen die Diktatur zu stellen und für die Freiheit einzutreten. Im März 1946 wurde das Fundament für das Wahlergebnis am 20. Oktober 1946 gelegt.

Aus der sowjetischen Zone: Sozialdemokraten bringen die Wahrheit ans Licht

Auch wenn die Zwangsvereinigung in der sowjetischen Zone nicht zu verhindern war, gab es dort immer noch eine Reihe von aktiven aufrechten Sozialdemokraten. In allen Ländern der SBZ versuchten sie, die Organisation der SPD im Untergrund am Leben zu erhalten. Das war der gleiche Geist, der gleiche Freiheits- und Überlebenswillen, der den SPD-Vorstand in Hannover bei der Einrichtung des Ostbüros geleitet hat. Das Büro gewährte den Sozialdemokraten in der Sowjetischen Zone wertvolle Hilfe bei ihrem Kampf für die Demokratie und ihren Widerstand gegen die kommunistische Diktatur. Die gleiche Hilfe leisteten die Berliner Genossinnen und Genossen. In dieser Zeit übermittelten die aufrechten Sozialdemokraten aus der SBZ dem Ostbüro und der Berliner SPD wichtige und aufschlussreiche Informationen über die politischen Verhältnisse und die Lebensumstände in der SBZ, vor allem aber über die Machenschaften der Kommunisten und über den Aufbau ihrer Diktatur. „Es muss alles ganz legal aussehen“, diesen Plan von Walter Ulbricht haben Sozialdemokraten vereitelt. Die Informationen, die die Wahrheit hinter der kommunistischen Propaganda zeigten, fanden ihren Weg in die westlichen Medien, besonders in die Westberliner Zeitungen: Telegraf, Tagesspiegel, Kurier und Neue Zeitung, aber natürlich auch in den RIAS. So wurden nicht nur die Westberliner und Westdeutschen mit Informationen über die Wahrheit in der sowjetischen Zone versorgt, sondern auch die Ostberliner und die Menschen in der SBZ. Diese Informationen sind ungeheuer wichtig gewesen, um den Menschen in West und Ost das wahre Gesicht des kommunisti-

schen Regimes vor Augen zu führen und den Zusammenhalt der Deutschen in West und Ost zu festigen und zu stärken. Dafür sind die Sozialdemokraten aus der SBZ mit großem Mut ein hohes Risiko eingegangen: Die meisten von ihnen wurden später von der SED dem NKWD zur Inhaftierung ausgeliefert. Für jedes ostdeutsche Land sollen deshalb hier, stellvertretend für alle anderen, einige dieser aufrechten Sozialdemokraten genannt werden. Es sind Namen, die eng mit dem Reichsbanner verbunden sind, in dem sie Mitglied waren.

Aus Sachsen: - Arno Wend aus Dresden, ehemaliger Landessekretär der SPD, in der NS-Diktatur 4 Jahre inhaftiert, bei den Kommunisten 7 Jahre eingesperrt und - Gerhard Weck, ehemaliger Oberbürgermeister von Werdau, bei den Nazis 11 Jahre und bei den Kommunisten 8 Jahre inhaftiert. Aus Thüringen: - Paul Kreuzer, ehemaliger Kreisvorsitzender der SPD in Saalfeld, von den Nazis inhaftiert und von den Kommunisten 7 Jahre eingesperrt und Gustav Hartmann, ehemaliger Bürgermeister von Rudolstadt, von den Nazis inhaftiert und von den Kommunisten zu 25 Jahren Haft verurteilt, in Bautzen umgebracht. Aus Sachsen-Anhalt: - Fritz Drescher, ehemaliger Ministerialdirektor, bei den Nazis 4 Jahre, bei den Kommunisten 7 Jahre inhaftiert und - Willy Brundert, ehemaliger Staatssekretär, bei den Nazis inhaftiert und von den Kommunisten 8 Jahre eingesperrt. Aus Brandenburg: - Paul Szillat, ehemaliger Oberbürgermeister von Brandenburg, bei den Nazis 4 Jahre, von den Kommunisten 6 Jahre inhaftiert und - Reinhart Runge, ehemaliger Pfarrer in Potsdam, von den Nazis inhaftiert und bei den Kommunisten 8 Jahre eingesperrt. Aus Mecklenburg: - Willy Jesse, ehemaliger Kreisvorsitzender der SPD in Rostock, bei den Nazis 5 Jahre und von den Kommunisten 9 Jahre inhaftiert und - Max Fank, ehemaliger Kreisvorsitzender der SPD in Stralsund, bei den Nazis inhaftiert und von den Kommunisten 7 Jahre eingesperrt. Aus Berlin: - Julius Scherff, bei den Nazis 6 Jahre inhaftiert, von den Kommunisten eingesperrt und in Sachsenhausen umgebracht und - Werner Rüdiger, ehemaliger Kreisvorsitzender der SPD im Prenzlauer Berg, bei den Nazis 4 Jahre, von den Kommunisten 6 Jahre inhaftiert.

Der Freiheit eine Gasse: Die Wahlen am 20. Oktober 1946

Am 20. Oktober 1946 waren nicht nur in Berlin sondern auch in allen Ländern der sowjetischen Zone Landtagswahlen angesetzt. Was die Sowjets unter Wahlkampf verstehen, hatten die Kommunalwahlen in der SBZ gezeigt. In ihrer Besatzungszone hatten die Sowjets keinen Aufwand gescheut, um die SED massiv zu unterstützen: Unmengen von

Papier für Wahlreklame stand der SED zur Verfügung, während die anderen Parteien nur ganz geringe Kontingente erhielten. Um so bemerkenswerter, dass den Kommunisten nicht einmal in den Ländern der SBZ an den Wahlurnen der große Durchbruch gelang: Trotz massiver Versprechungen - die SED hatte auf Veranlassung der Sowjets der Bevölkerung zusätzliche Kartoffellieferungen, also eine Linderung der Hungersnot, in Aussicht gestellt - erhielt die SED nur in Sachsen die absolute Mehrheit. Das heißt, selbst im Gebiet der späteren DDR war der Kommunismus bei freien Wahlen nicht mehrheitsfähig. Auch hierfür ist die verdeckte aber massive und engagierte Gegenpropaganda der oppositionellen Sozialdemokraten ein wichtiger Beitrag gewesen. Von zentraler Bedeutung waren natürlich die Wahlen in Berlin. Die Kommunisten überschlugen sich also mit einem Propagandarummel sondern gleichen. Aber es nützte nichts: Den überzeugenden Auftritten der führenden Berliner Sozialdemokraten hatten die Kommunisten und die auf ihre Seite gezogenen 'SPD-Funktionäre nichts entgegenzusetzen hatten.

Unvergessen sind auch die Auftritte von Kurt Schumacher und großer Demokraten anderer Parteien: Ernst Lämmer und Jacob Kaiser für die CDU und Theodor Heuss für die LDPD. Die Kommunisten hatten in keinem Bezirk Berlins eine Chance. Das Wahlergebnis sagt alles: SPD: 49 %; CDU: 22%; SED: 20 %; LDPD: 9 %. Und das bei einer Wahlbeteiligung von 92 %, in einer kriegsverwüsteten Stadt, in der die Menschen mit dem täglichen Überleben beschäftigt waren. 80% der Stimmen für die Demokratie: Die Berlinerinnen und Berliner sagten klar und deutlich „Nein“ zur kommunistischen Diktatur.

Der Leuchtturm der Freiheit: Das Berliner Wahlergebnis in Europa

Berlin war an diesem 20. Oktober 1946 ein Leuchtturm der Freiheit, der weithin sichtbar in das östliche Europa geleuchtet hat. Den Sowjets und den deutschen Kommunisten wurde klar aufgezeigt: Bei freien und fairen Wahlen haben sie nicht die Spur einer Chance! Genauso wichtig waren die Reaktionen bei den Menschen und Politikern der Westmächte. Man erkannte mit Erstaunen und Freude, dass die Berliner unter Führung der Berliner Sozialdemokraten bereit waren, für die Demokratie zu stimmen und dafür auch große Opfer zu bringen. Das Bild Deutschlands und der Deutschen war auf einmal, 1 1/2 Jahre nach der Nazidiktatur, plötzlich mit Freiheit und Demokratie verbunden! Dies war der Beginn der großen Freundschaft zwischen den Westalliierten, die bald zu Berliner Schutzmächten wurden und den Deutschen, die für die Verteidigung der westlichen Freiheit so wichtig werden sollte. Bei

der ersten großen Bewährungsprobe dieser Freundschaft, der Berlin Blockade, appellierte Marlene Dietrich in den USA an alle dortigen Politiker: Lasst mein Berlin nicht im Stich! Und das haben die USA

Anlässlich ihrer jüngsten Vorstandssitzung in Langenselbold befassten sich auch die Jusos Main-Kinzig mit der Geschichte des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Hierzu wurde als Referent des Reichsbanners Florian Kaiser eingeladen. Er erläuterte den anwesenden Jusos die Geschichte des Reichsbanners, seine Gründungsphase in den Wehen der Weimarer Republik sowie die heutigen Motive der Vereinigung. Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner“ entstand als Reaktion auf die rechten Putschversuche des Jahres 1923. Es sollte Versammlungen und Kundgebungen der republikanischen Kräfte vor Störern schützen und als paramilitärischer Verband direkt abschreckend wirken. Die demokratischen Kräfte wirkten als demokratische Präsidenten, Friedrich Hörsing, besichtigte im Februar 1924 maßgeblich als Gründer-Unterstützung Otto Wels. Obwohl offiziell überparteilichen Charakters, blieb das „Reichsbanner“ de facto eine sozialdemokratisch dominierte Organisation. Ca. 90 % seiner Anhänger waren sozialdemokratische Mitglieder oder Sympathisanten. Kaiser ging dabei auch auf die heutigen Probleme ein. Auf Viele wirkt alleine die Bezeichnung als „Reichsbanner“ und die Nennung der Farben „Schwarz-Rot-Gold“ abschreckend, weil nationalistisch. Dies ist aber gerade konträr zu der gewollten Intention des Reichsbanners, man hat sich verstanden und versteht sich immer noch als Hüter der demokratischen und republikanischen Grundordnung. Heute bietet das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Interessierten Seminare, etwa zur Geschichte der Weimarer Republik, an und arbeitet verstärkt mit einigen Schulen, unter anderem der Karl-Rehbein-Schule in Hanau, projektorientiert zusammen. Im Anschluss diskutierten die Jusos angeregt über das Vorgetragene und brachten ihren Wunsch zum Ausdruck, auch in Zukunft mehr über dieses Thema in Erfahrung bringen zu wollen.

Jusos auf den Spuren der Weimarer Republik

nicht getan, weil Marlene Dietrichs neues Berlin ein demokratisches Berlin war; Dank des Wahlergebnisses vom 20. Oktober 1946.

Nachdem bereits im vorigen Jahr das Reichsbanner Hamburg mit einer Abteilung am Zivil-Militärischen Zwei Tage-Marsch bei Fulda teilgenommen hatten, stellten sich der sportausfordernden Aufgabe dieses Jahres auch die Mitglieder des Reichsbanners aus Hessen und Württemberg. Leider konnten keine Mitglieder aus Hamburg und Berlin teilnehmen, und mancher musste u.a. angesichts der unsicheren Lage bei der Deutschen Bahn auch kurzfristig absagen. Beim Zurücklegen der 25km am Samstag bot sich dennoch viel Gelegenheit einander kennen zu lernen, Gedanken auszutauschen und Pläne für zukünftige gemeinsame Veranstaltungen zu schmieden. Die Teilnahme am Zivil-Militärischen Zwei Tage-Marsch bei Fulda wird für das Internationale Volkssportabzeichen gewertet und Partnerveranstaltungen werden durchgeführt in Frankreich, England, Dänemark und vielen anderen Ländern bis hin zu Neuseeland, Australien und Japan. Die Internationale Atmosphäre, die herrliche Landschaft um Fulda, das prächtige Wetter und nicht zuletzt die gute Stimmung der Teilnehmer trugen zu dem Erfolg der Veranstaltung bei. 2008 findet der Marsch bei Fulda am 4. und 5. Oktober statt. Auf dem Bild ist der harte Kern der Wanderer des Reichsbanners vor dem Schloss Fasanerie zu sehen. (Florian Wagner, Frederik Möller, Julia Lück, Mark Fischer, Jan Schenkenberger, Florian Kaiser)

Mitglieder des Reichsbanners nehmen wieder am Fulda-Marsch teil



Vom 9. - 13. September nahmen 50 Schülerinnen und Schüler der Gustav-Heinemann-Schule Rüsselsheim und des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums Königs Wusterhausen an einem Seminar mit dem Thema „Antisemitismus ist das Gegenteil von Demokratie - eine historische Spurensuche in Berlin“ teil, das vor Ort vom August Bebel Institut organisiert und betreut wurde. In einer Einführungsveranstaltung sonntagabends wurde das Programm der folgenden Tage besprochen und die Teilnehmer mit dem Thema vertraut gemacht. Herr Helmut Stern stellte sich am Montag freundlicherweise als Zeitzeuge für ein Gespräch zur Verfügung, und korrigierte sicherlich manches Bild während seines lebhaften Vortrages und anschließenden Gespräches mit den Teilnehmern. Auch der Generalsekretär der SPD, Hubertus Heil nahm sich am folgenden Tag viel Zeit für die Fragen der Schülerinnen und Schüler u.a. zu dem Umgang von Demokraten mit Rechtsradikalen und einem möglichen NPD-Verbotsverfahren. Seine Offenheit und seine direkte Art und Weise auf die Schülerinnen und Schüler einzugehen, widerlegten die Vorstellung vom abgehobenen und volksfernen Berufspolitiker. Auch Frau Abgeordnete Fograşcher aus dem Arbeitskreis Rechtsextremismus und Antisemitismus nahm sich trotz der Sitzungswoche im Bundestag Zeit, den Schülern Rede und Antwort zu stehen. Der historischen Dimension des Themas wurde mit den Besuchen des Denkmals für

Seminar: Antisemitismus ist das Gegenteil von Demokratie

die ermordeten Juden Europas, der Ausstellung der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz, der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, und mit einer Spurensuche in Berlin Rechnung getragen. Auch die Gelegenheit der Beobachtung einer Plenarsitzung im Bundestag wurde ergriffen und nach einer Führung durch den Bundesrat diskutierten die Schülerinnen und Schüler im Rahmen eines Planspiels als Vertreter der Länder lebhaft über Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung. In einer abschließenden thematischen Übung am Donnerstag wurden die Eindrücke der Woche gesammelt und weiterführende Anregungen für den Umgang mit Rechtsextremismus und Antisemitismus im Alltag gegeben.



Termine:

- 11. Okt. Hauptausschuss der Stadt Bonn entscheidet über die Benennung einer Straße nach dem ehem. Bundesvorsitzenden des Reichsbanners Hubertus Prinz zu Löwenstein.
- 9. Nov. Eröffnung der Ausstellung an der Berufsschule in Wissen an der Sieg.
- 4.- 8. Nov. Seminar in Berlin mit Schulen aus Butzbach u. Eilenburg.
- 11.-15. Nov. Seminar in Berlin mit Schulen aus München u. Bad Dürkheim

Aus den Ortsvereinen:

Am 10. September hat die Oberbürgermeisterin Frankfurts die Verdienstmedaille des Verdienstordens an unser Mitglied Franz Stein verliehen. Herzlichen Glückwunsch dazu!

Der Ortsverein Frankfurt am Main trifft sich wieder am 1. November und darauf folgend an jedem ersten Donnerstag im Monat.

Das Reichsbanner Erscheint seit 1924
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin.
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.
„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner-Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.
„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 Euro zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluss.
Gesamtherstellung: Graficor Harald Mader, Langer Weg 13, 65760 Eschborn.
Redaktion und Pressesprecher: Hans Bonkas, presserechtlich verantwortlich.
Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.
Bundesvorsitzender: Hans Bonkas

Wachstum mit Weitblick.

Unsere Zukunft: Ökonomie und Ökologie verbinden.

Wer Verantwortung trägt, muss vorausschauend handeln. Die Fraport AG tut viel dafür, dass die Welt auch für künftige Generationen lebenswert bleibt. Am Flughafen Frankfurt belohnen wir zum Beispiel besonders leise Starts und Landungen. Deshalb kommen überwiegend die modernsten und umweltfreundlichsten Flugzeuge zu uns. Weil wir Straße, Schiene und Luftverkehr optimal miteinander verknüpfen, konnten viel Kurzstreckenflüge durch Bahnfahrten ersetzt werden. Das sind nur ein paar Beispiele von vielen, wie die Fraport AG Leistungsfähigkeit mit Nachhaltigkeit und Umweltschutz verbindet.

Weitere Infos unter www.fraport.de

Fraport.
The Airport Managers.

